

Es fehlt an Plätzen, Geld und Personal

Eltern sehen viel Nachholbedarf bei Kinderbetreuung – Bundesfamilienministerin Giffey wirbt für Gute-Kita-Gesetz

VON HEIKE STÜBEN

KIEL. Die 350 Vertreter von Eltern, Kitas und Kindertagespflege hatten Skepsis und viele Kritikpunkte im Gepäck, als sie am Sonnabend zum Bundeselternkongress nach Kiel kamen. Doch Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) und Landessozialminister Heiner Garg (FDP) schafften es mit ihren emotionalen, engagierten Reden, dennoch ein Gemeinschaftsgefühl zu entwickeln.

Die Eltern und das Personal in Kitas und Kindertagespflege wissen: Das Land bildet bei der Kinderbetreuung in vielen Punkten das Schlusslicht in Deutschland – nicht nur, weil hier die höchsten Elternbeiträge fällig werden. Entsprechend groß ist zu Beginn des Bundeselternkongresses die Unzufriedenheit. Viele Eltern berichten genervt, dass in ihrer Kita Gruppen zusammengelagt werden oder anderweitig improvisiert wird, weil die Personaldecke zu dünn ist. Freie Stellen könnten mangels Bewerbern nicht wieder besetzt werden.

„Wir haben immer noch große Defizite bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, berichtet Jenny Scharfe. So könne man zum Beispiel in Lübeck Kitaplätze nur zum Sep-



„Wir haben immer noch große Defizite bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.“

Jenny Scharfe mit Marie vom Verein „Elternstimme“

tember antreten und nur wenige Einrichtungen böten mehr als 8,5 Stunden Betreuung an. Das sei für viele Berufstätige nicht zu schaffen. Die junge Mutter hat sich mit anderen Eltern zum Verein „Elternstimme“ zusammengetan und einen ersten Erfolg erzielt: Statt 30 Tage werden die Kitas in Lübeck jetzt nur noch 20 Tage im Jahr geschlossen.

„Der Norden hat erheblichen Nachholbedarf, gerade in der Qualität der Kinderbetreuung“, bestätigt auch Dr. Il-



„Von einer guten Kinderbetreuung profitiert auch die Wirtschaft.“

Holger Scherlies, Vorstand der Kreiselternervertretung Kiel

se Wehrmann, die Sachverständige für Frühpädagogik in Kiel. Insgesamt hänge die Entwicklung der Kinder in den ersten Jahren immer noch von der Finanzkraft einer Kommune und von dem Familienbild eines Gemeinderats ab.

„Wir brauchen bundesweit einheitliche Regelungen, was Personalschlüssel, Bildungsstandards und Qualitätskontrolle angeht.“ Wehrmann schlägt vor, dass sich auch die Wirtschaft an den Kosten dafür beteiligt und in eine „Kinder-

kasse“ einzahlt. Holger Scherlies, Vorstand der Kreiselternervertretung Kiel, findet den Vorschlag folgerichtig. „Von einer guten Kinderbetreuung profitiert auch die Wirtschaft. Da kann ein riesiges Potenzial für den Arbeitsmarkt gehoben werden.“

Axel Brieger, Vorsitzender der Landeselternervertretung, sieht insgesamt eine positive Bewegung in der Kitapolitik: Landessozialminister Garg will die hohen Elternbeiträge ab August 2020 in Schleswig-Holstein spürbar senken und deckeln, gleichzeitig den Personalschlüssel im Ü3-Bereich erhöhen.

Bundesfamilienministerin Giffey will mit 5,5 Milliarden Euro aus dem Gute-Kita-Gesetz die Chancengleichheit für Kinder voranbringen. Doch Garg und Wehrmann fürchten, dass das Engagement des Bundes eine Eintagsfliege bleibt und sich der Bund nach 2022 wieder zurückzieht. Dann müssten die Länder die Kosten stemmen oder die Verbesserungen müssten wieder zurückgedreht werden.

Doch die Bundesfamilienministerin Giffey stellt in ihrer Rede schnell klar: Sie will keine Eintagsfliege. Das Gute-Kita-Gesetz soll der Einstieg in eine dauerhafte Beteiligung des Bundes sein: „Frühkindli-

che Bildung ist eine nationale Zukunftsaufgabe. Deshalb haben wir ein Gesetz gemacht und kein Bundesprogramm. Denn das Gesetz läuft nicht 2022 aus“, sagt Giffey und verspricht: „Mein Ziel ist es, dass die Entfristung der Mittel geschafft wird. Das ist dringend notwendig.“

Auch beim Fachkräftemangel sieht die Ministerin den Bund mit in der Pflicht. Sie kündigte eine Fachkräfteinitiative an: 2019 werde Berlin dafür 30 Millionen Euro, 2020 dann 60 Millionen Euro bereitstellen. Denn: Wenn Kitas pädagogische Einrichtungen seien, müsse das Personal auch wie Pädagogen bezahlt werden. Das Investitionsprogramm des Bundes werde zudem verlängert. Bis 2020 sollen so 100 000 zusätzliche Plätze entstehen. Dafür gibt es noch einmal stürmischen Beifall.

Nach ihrer Rede zieht sich Giffey mit Garg zurück – man will sondieren, wofür das Geld vom Gute-Kita-Gesetz in Schleswig-Holstein konkret eingesetzt werden soll. Dies soll dann in einem Vertrag festgelegt und öffentlich gemacht werden. So will die Bundesfamilienministerin das „Prinzip der klebrigen Finger“ verhindern. Im Klartext: Das Geld aus Berlin soll auf dem Weg in die Kitas nicht versickern.

Klage auf Kita-Platz nicht immer nötig

350 000 Betreuungsplätze für Ein- bis Sechsjährige fehlen in Deutschland. Dabei gibt es einen Rechtsanspruch – zumindest auf einen Halbtagsplatz. Doch immer noch haben Eltern Probleme, diesen Rechtsanspruch durchzusetzen, berichteten Elternvertreter auf dem Bundeselternkongress in Kiel. Gleichzeitig gibt es nur wenige Klagen vor den Verwaltungs-

gerichten. Wie passt das zusammen? Antwort gab Ute Kortschakowski-Liefeland, Anwältin in Flintbek. Danach gibt es ein enormes Informationsdefizit: **Viele Eltern wüssten nicht, dass sie sich von den Kitas schriftlich bestätigen lassen müssen, dass dort kein Platz vorhanden ist,** und dann einen Antrag bei dem zuständigen Jugendhilfeträger stellen

müssen. Das sind die Jugendämter der Kreise, kreisfreien Städte und von Norderstedt. In den meisten Fällen sei dann keine Klage mehr notwendig, weil der Jugendhilfeträger eine Lösung biete. Das muss aber nicht in der Wunsch-Kita oder bei der Wunsch-Tagepflegestelle sein. Auch wer nachweislich einen Ganztagsplatz benötigt, habe gute Chancen.



Ministerin Franziska Giffey, Initiator Axel Brieger und Minister Heiner Garg sind sich in den Zielen einig. FOTOS: SONJA PAAR